

## **Niederschrift**

über die **öffentliche** Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus  
von Donnerstag, 24.11.2016,  
Sonnenhof, Flurbereinigungsweg 10, 63868 Großwallstadt  
Familie Schandel

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 16:30 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.**

### **Anwesend waren:**

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Kurt Bittner  
Herr Thomas Borgwardt  
Herr Boris Großkinsky bis 16:20 Uhr  
Herr Dr. Heinz Kaiser  
Herr Günther Oettinger  
Herr Peter Schmitt  
Herr Ansgar Stich ab 14:40 Uhr  
Frau Ruth Weitz  
Frau Susanne Wörner  
Herr Frank Zimmermann

#### **Stellv. Ausschussmitglieder**

Frau Edeltraud Fecher Vertretung für Herrn Wolfgang Zöllner  
Frau Monika Schuck Vertretung für Herrn Jürgen Reinhard  
Herr Thomas Zöllner Vertretung für Herrn Matthias Luxem  
ab 15:00 Uhr

### **Entschuldigt gefehlt haben:**

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Erwin Dotzel  
Herr Matthias Luxem  
Herr Jürgen Reinhard  
Herr Wolfgang Zöllner

### **Von der Verwaltung haben teilgenommen:**

Herr Feil, Leiter Abt. 1 juristische Sitzungsbegleitung  
Frau Seidel, Leiterin UB 1  
Frau Zipf-Heim, Schriftführerin

### **Ferner haben teilgenommen:**

Frau Achstetter TAG Bayer. Odenwald  
Frau Duffeck Churfranken e.V.  
Frau Sagnier TV Räuberland  
Herr Blankart AELF Karlstadt

Herr Keller  
Herr Seiterle  
Herr Steinberg

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Bayern  
TV Spessart-Mainland  
Rechtsanwalt für EU-Beihilferecht

Vor Beginn der Sitzung erläutert Landwirt Dieter Schandel dem Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus Einzelheiten zu seinem Hof. Er ist einer von derzeit 24 Milchviehhaltern im Landkreis Miltenberg. Auf 185 Hektar Fläche – bis auf einen Acker liegen alle Flächen in Großwallstadt – baut er Getreide und Raps an, aber auch die Milchkuhhaltung hat bei ihm Gewicht. Er hat einen neuen Stall für Milchvieh gebaut, der nicht nur Platz für das Vieh bietet, sondern auch für einen modernen Melkroboter. Das Gremium konnte sehen, wie diszipliniert die Milchkühe der Reihe nach selbstständig in den Käfig mit dem Melkroboter stiegen, um ihre Milch abzupfen zu lassen. Im Raum daneben erläuterte Schandel, wie er seine Milch lagert, bis sie vom Milchwagen abgeholt wird.

**Tagesordnung:**

- 1 Information zum dritten Nationalpark in Bayern
- 2 Milchwirtschaft im Landkreis Miltenberg - Möglichkeiten für regionale Vermarktung
- 3 Änderung der Rechtsform von Spessart-Mainland und Änderung der Beitragsordnung
- 4 Räuberland - Antrag auf eine projektbezogene Förderung  
Fortschreibung "Qualitätsregion Wanderbares Deutschland"
- 5 Churfranken - Antrag auf Erhöhung des Zuschusses
- 6 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

### **Information zum dritten Nationalpark in Bayern**

Zum Thema Nationalpark Spessart berichtet Landrat Scherf, dass Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf im Gespräch mit ihm, Dr. Ulrich Reuter (Landkreis Aschaffenburg) und Thomas Schiebel (Landkreis Main-Spessart) versichert habe, dass das Für und Wider eines möglichen dritten Nationalparks Spessart mit den beteiligten Kommunen und Verbänden diskutiert werde.

Scharf habe den Landräten am späten Dienstagnachmittag in München die gewählte Vorgehensweise zum fachlichen Auswahlverfahren für einen Nationalpark vorgestellt. Landräte und Staatsregierung hätten sich darauf geeinigt, dass das Umweltministerium zunächst die in Frage kommenden Gebiete aus dem 42.000 Hektar umfassenden Staatswald des Spessarts räumlich näher definieren werde. Anschließend sollten mit den beteiligten Kommunalpolitikern sowie den Verbänden Anfang kommenden Jahres die Chancen und Risiken für einen Nationalpark Spessart sorgfältig abgewogen werden. Scharf habe dabei festgestellt, dass ein Nationalpark ein Angebot an die Regionen sei und dass sie sich über weitere Gespräche mit den Vertretern aus dem Spessart freue.

In diesem Gespräch hätten die Landräte deutlich gemacht, dass die Verantwortung für diesen Prozess beim Umweltministerium liege. Des Weiteren habe man Themen wie z.B. die besondere Situation der Eiche im Spessart, Fragen der Bejagung, die Holzrechte sowie die Sicherstellung der Versorgung der mittelständischen Unternehmen mit Holz inhaltlich vorgebracht

Das Ministerium habe zugesichert, fachlich weiterzuarbeiten, dann konkretisierte Pläne vorzulegen und in einem weiteren Schritt Anfang des Jahres 2017 mit diesen konkretisierten Planungen und Vorstellungen in den Dialog hier vor Ort zu gehen.

Landrat Scherf rät ab, sich vorschnell festzulegen, ehe nicht alle Informationen vorlägen.

Das Angebot der Ministerin für eine Informationsfahrt in den Nationalpark Bayerischer Wald sei bei einigen Bürgermeistern bereits auf Interesse gestoßen.

Dass die Umweltministerin bei den weiteren Schritten auf Dialog setzen wolle, freue Landrat Scherf, der das Gespräch als Erfolg werte.

### **Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 2:

### **Milchwirtschaft im Landkreis Miltenberg - Möglichkeiten für regionale Vermarktung**

Harald Blankart, Kreisrat und Bereichsleiter Landwirtschaft am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, erläutert das Heranreifen der Idee, gemäß des Mottos „fair und regional – einfach genial“ regionale Milch zu Käse zu veredeln. Das sei eine Methode, um den Landwirten einen fairen Milchpreis zu garantieren, verwies er auf die Zusammenarbeit der Milchbauern mit der Molkerei in Hüttenthal. Diese verarbeitet die Milch aus dem Landkreis in Lohnarbeit zu den Käsetalern, der Landwirt verkauft diese anschließend an die Firma Käse-Münch in Bürgstadt. Über die Firma wird der Käsetaler anschließend im ganzen Landkreis und benachbarten Landkreisen angeboten. Die erste Charge sei ausverkauft, freut sich Blankart, erst vor kurzem habe der Berndieler Landwirt Neuberger die nächsten 1600 Liter Milch nach Hüttenthal gefahren, woraus 1600 Käsetaler hergestellt werden. Er hofft, dass sich eine stabile Nachfrage entwickle. Herr Blankart bezeichnet die Umsetzung der Idee als

dreifache Win-Win-Situation. Der Landwirt erhalte einen fairen Milchpreis, die Molkerei werde besser ausgelastet und der Verbraucher bekomme ein hervorragendes regionales Produkt.

Landrat Scherf stellt fest, dass hinter dem kleinen Taler eine große Idee stecke und ruft dazu auf, dieses regionale Produkt gemeinsam zu fördern. Er betont, dass der Käsetaler stellvertretend für die hohe Qualität regionaler Produkte und faire Handelsbedingungen stehe.

Die Verkaufsstellen des Miltenberger Käsetalers sind in beiliegender Präsentation aufgeführt.

**Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 3:

### **Änderung der Rechtsform von Spessart-Mainland und Änderung der Beitragsordnung**

Landrat Scherf gibt bekannt, dass in der Mitgliederversammlung des Tourismusverbandes Spessart-Mainland e.V. am 18.11.2016 die Änderung der Rechtsform von Spessart-Mainland sowie die Änderung der Beitragsordnung einstimmig beschlossen worden sei.

Im Zuge eines Vorstandsprojektes von Spessart-Mainland sei die Organisationsstruktur sowie die rechtliche Situation rund um die EU-Beihilfe überprüft worden. Dabei sei festgestellt worden, dass man durch die Gründung eines eingetragenen Vereins die größte Handlungsfähigkeit von Spessart-Mainland erreiche. Dabei sei auch die Beitragsordnung geändert worden. In den vergangenen 26 Jahren hätten die Kommunen einen dynamisierten Beitrag geleistet, während die Landkreise keine Beitragserhöhung zu verzeichnen gehabt hätten. Im Zeichen der Gerechtigkeit habe der Vorstand vorgeschlagen, eine neue Beitragsordnung zu schaffen, bei der die Beiträge der Landkreise und der kreisfreien Stadt um 20% erhöht würden.

Der neue Beitragssatz für den Landkreis Miltenberg bestehe aus dem Grundbeitrag von 27.000,00 € und darüber hinaus den Personalkosten für die Tourismus-Geschäftsstelle. Im Gegenzug werde der Kreishaushalt um die bisher zu leistenden Personalkosten für die Tourismus-Geschäftsstelle entlastet. Die anderen Landkreise übernähmen im Zuge des innerregionalen Arbeitsverteilungskonzepts andere Aufgaben in der Region: Der Landkreis Main-Spessart kümmere sich um den Naturpark und der Landkreis Aschaffenburg um den Regionalen Planungsverband mit den jeweiligen Personal- und Sachkosten.

Im Tourismusverband Spessart-Mainland habe man 2014 und 2015 Rekordzahlen von Übernachtungen und Gästeankünften. Auch für 2016 stünden die Chancen auf neue Rekorde recht gut. Dies sei das Ergebnis der guten Zusammenarbeit aller, sowohl aller Gebietskörperschaften über die Landesgrenze hinweg als auch der touristischen Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen, so Landrat Scherf.

Auf Nachfrage erklärt Landrat Scherf, dass sich die jährlichen Netto-Mitgliedsbeiträge der Stadt Aschaffenburg auf 17.500,00 €, des Landkreises Aschaffenburg auf 49.000,00 €, des Landkreises Main-Spessart auf 29.500,00 €, des Landkreises Miltenberg auf 127.000,00 € und des Min-Kinzig-Kreises auf 28.500,00 € belaufen würden.

**Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 4:

**Räuberland - Antrag auf eine projektbezogene Förderung  
Fortschreibung "Qualitätsregion Wanderbares Deutschland"**

Frau Sangnier, Geschäftsführerin des Touristikverbandes Räuberland, erläutert Ihren anliegenden Antrag auf eine projektbezogene Förderung von insgesamt 42.840 Euro über drei Jahre, damit das Siegel „Qualitätsregion Wanderbares Deutschland“ weiterentwickelt werden könne.

Kreisrat Schmitt begrüßt das Siegel grundsätzlich. Nach dem damaligen Marketingkonzept von Herrn Obier sei gedrittelt worden in eine Region, in eine Natur- und eine Aktivregion. Wenn man eine Natur- und Aktivregion sei und diese auch professionell vermarkten möchte, dann müsse es auch Zertifizierungen geben. Auch der Odenwald sei auf dem Weg zur Qualitätsregion Wanderbares Deutschland. Seit über drei Jahren arbeite er an diesem Thema, und auch der Odenwald sei ein Teil des Landkreises Miltenberg. Man habe die Destination Spessart-Mainland, wo man jetzt diese 127.000 Euro finanziere bzw. 27.000 Euro als Mitgliedsbeitrag. Die Destination des Odenwaldes, den TSOB, finanziere man auch mit 27.000 Euro. Unter der Destination seien die TAGs Bayerischer Odenwald, Räuberland und Churfranken, wo man auch eine Förderung bereitstelle. Bei dem Bereich Räuberland habe man bisher immer Projektförderungen gefördert.

Landrat Scherf ergänzt, dass man an Spessart Räuberland auch eine Grundförderung in Höhe von 13.350 Euro zahle.

Es stelle sich prinzipiell die Frage, so Kreisrat Schmitt, wenn es nicht nur eine Projekt-, sondern auch eine Grundförderung gebe, dann müsse es sich nach gewissen Leitlinien richten.

Landrat Scherf entgegnet, dass die Leitlinien entweder eine Grundförderung oder eine Projektförderung vorsehen.

Nach Rückfrage von Landrat Scherf erklärt Kreisrat Schmitt, dass die Bewerbung zur Qualitätsregion Wanderbares Deutschland ein Projekt der Odenwald Tourismus GmbH (OTG) sei.

Für Landrat Scherf stellt sich die Frage, wie man die verschiedenen Akteure vernetze, damit man als Region insgesamt als Qualitätsregion Wanderbares Deutschland auftrete. Dies erhöhe auch den Marketingeffekt.

Kreisrätin Weitz möchte wissen, wie sich der Landkreis Aschaffenburg zu der beantragten Förderung stelle.

Frau Sangnier sagt, dass der Landkreis Aschaffenburg einen höheren Anteil an Projektförderung als der Landkreis Miltenberg leiste. Seitdem der Landkreis Aschaffenburg keine Grundförderung mehr an Spessart-Räuberland leiste, sei er aber jedes Jahr mit Projektförderungen dabei.

Frau Sangnier fügt noch hinzu, dass sich Spessart-Räuberland im Vorfeld der Zertifizierungsmaßnahme darum gekümmert hätte, wo Förderungen herkommen könnten. Die LAG Main4Eck habe damals eine Förderung verneint. Daraufhin habe Spessart Räuberland den ganzen Prozess von alleine angefangen. Ein dreiviertel Jahr später habe die OTG dann einen Antrag für eine Förderung bei der LAG Main4Eck gestellt, der genehmigt worden sei.

Kreisrat Großkinsky ist der Meinung, dass grundlegend geklärt werden müsse, ob es eine Grund- oder eine projektbezogene Förderung geben sollte.

Landrat Scherf entgegnet, dass die Linie der Verwaltung ganz klar die Grundförderung der touristischen Arbeitsgemeinschaften sei, allerdings mit der Fußnote versehen, dass diese eine zeitlich begrenzte Anschubförderung sei, wie in den Niederschriften nachzulesen sei.

Weiterhin sagt Landrat Scherf, dass sich sämtliche touristische Arbeitsgemeinschaften der Region mit dem übergeordneten Tourismusverband Spessart-Mainland abstimmen müssten, um die gesamte Region möglichst gut zu vermarkten.

Kreisrat Dr. Kaiser ist ebenfalls der Meinung, dass eine Grundsatzdebatte geführt werden müsse. Man müsse auch die momentane Diskussion über das EU-Beihilferecht bedenken.

Kreisrat Oettinger führt an, dass zwei Kommunen im Landkreis Miltenberg Mitglied im Spessart-Räuberland sei und 22 Kommunen Mitglied bei Churfranken seien. Bisher habe der Landkreis Miltenberg an Spessart-Räuberland den Grundbeitrag und projektbezogene Förderungen geleistet. Da stelle sich bei ihm die grundsätzliche Frage des Verhältnisses, wenn der Landkreis hier in dieser Größenordnung um eine Zuwendung gebeten werde. Des Weiteren fordere Churfranken keine projektbezogene Förderung, sondern Grundförderung. Seiner Meinung nach solle man es bei der Grundförderung, auch im Hinblick auf das EU-Beihilferecht, belassen.

Rechtsanwalt Steinberg führt aus, dass immer, wenn der Landkreis einen Zuschuss gebe, sei es in dem Fall eine Beihilfe, die grundsätzlich erlaubt sein müsse. Es gebe die Möglichkeit, zur Kommission zu gehen und sich die Beihilfe modifizieren zu lassen. Dies sei kompliziert, dauere lange, sei teuer und mache somit keinen Sinn. Man könne sich auch auf eine sogenannte Freistellungsregelung berufen. Es gebe verschiedene Regelungen, unter anderem die allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung. Darin habe die Kommission ganz unterschiedliche Beihilfentatbestände zusammengefasst und habe gesagt, immer, wenn ein Zuschuss in eine dieser Gruppen falle, dann sei das grundsätzlich in Ordnung. Aktuell sei in der Diskussion, angestoßen vom Bundeswirtschaftsminister, ob der Bereich Tourismus eine neue Gruppe in dieser allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung werde. Die Entscheidung sei auf das Frühjahr 2017 vertagt worden. Wenn der Tourismus dann in dieser Verordnung als Gruppe dabei wäre, dann sei das Thema beihilferechtlich praktisch erledigt. Dann könne man Zuschüsse in einer Größenordnung, die weitaus größer sei, als heute in der Sitzung diskutiert, ohne Betrauung gewähren. Wenn das nicht komme, dann müsse man das Ganze auf eine andere Freistellungsregelung stützen, wo drei in Frage kämen.

1. De-minimis-Verordnung (200.000 Euro in drei Jahren)
2. DAWI-De-minimis-Verordnung (Davi heißt, wenn man Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraue, dann könne man bis zu 500.000 Euro in drei Jahren an Zuschüssen gewähren und von der Organisation, die dieses Geld bekommt, eine Erklärung bekommen, dass man nicht mehr Fördergelder als diese 500.000 Euro in drei Jahren bekommen habe)
3. DAWIbeschluss (Ab 500.000 Euro werde es aufwändiger, weil man zwar auch betrauen könne, aber keinen Fixbetrag mehr geben könne. Es gebe dann einen bestimmten Betrag X und am Ende des Jahres müsse kontrolliert werden, wie dieser verwendet worden sei im Rahmen der Trennungsrechnung. Es müsse immer wieder kontrolliert werden, ob das Geld gereicht habe oder ob zuviel gezahlt worden sei, was müsse zurückgefordert werden, was muss verrechnet werden mit dem nächsten Jahr. Von der laufenden Betreuung des Ganzen sei das Ganze aufwändiger, aber man könne es beihilferechtlich in den Griff bekommen.)

Eine andere Frage sei, ob es Sinn mache, dass unterschiedliche Organisationen auf unterschiedlichen Organisationsebenen die gleichen Kompetenzen bekämen. Es sei sinnvoller, die übergeordnete Einheit mit Dienstleistungen zu betrauen, die sie für die anderen miterledigen könne.

Kreisrat Zöller hebt hervor, dass in jeder touristischen Arbeitsgemeinschaft hervorragende Arbeit geleistet werde. Er ist auch der Meinung, dass Zuschüsse an die übergeordnete Einheit fließen, damit für die TAGs dort mitgearbeitet werde. Er sehe in der Vermarktung über die größeren Tourismusverbände die Zukunft des Landkreises Miltenberg.

Landrat Scherf berichtet, dass er gemeinsam mit den Landräten aus dem Odenwaldkreis und dem Neckar-Odenwald-Kreis über gemeinsame Vermarktungsmöglichkeiten gesprochen habe. Die drei Landräte wollten verhindern, dass jede einzelne der Tourismusorganisationen, angefangen bei TGO, OTG, Spessart-Mainland, Räuberland, Churfranken, parallel und isoliert voneinander arbeite, z. bei den digitalen Landkarten. Herr Seiterle von Spessart-Mainland habe bereits den Arbeitsauftrag erhalten, mögliche Synergieeffekte zu prüfen. Man habe dort zertifizierte Wanderwege, Mountainbike-Strecken, Fernradwege und vieles Weiteres. Durch die Zusammenarbeit könne man Ressourcen sparen.

### **Das Gremium lehnt den Antrag einstimmig ab.**

Tagesordnungspunkt 5:

#### **Churfranken - Antrag auf Erhöhung des Zuschusses**

Frau Duffeck, Geschäftsführerin Mainland Miltenberg - Churfranken e.V., erläutert den Antrag auf Erhöhung des Zuschusses.

Landrat Scherf hält fest, dass es am 11.06.2007 vom Kreisausschuss einen ersten Beschluss gegeben habe, dass auf Grundlage des Etats von Mainland Miltenberg-Churfranken in Höhe von insgesamt 200.000 Euro der Landkreis Miltenberg einen Zuschuss leiste in Höhe von 50.000 Euro. Diese 50.000 Euro setzten sich zusammen aus der Übernahme der Personalkosten für die Mitarbeiter der Geschäftsführung in Höhe von 40.000 Euro und weitere 10.000 Euro für die anteilige Mitfinanzierung von Projekt M zur Umsetzungsbegleitung beim Aufbau der TAG Mainland Miltenberg-Churfranken. Ebenso sei damals festgesetzt worden, dass seitens der TAG Churfranken kein eigenständiges touristisches Marketing statfinde. Beim Marketing müsse auf die großen Einheiten gesetzt werden.

Am 11.06.2007 sei seitens von der Verwaltung angekündigt worden, dass aufgrund der positiven Erfahrungen dieses Tourismuskonzeptes für das Jahr 2009 keine Bezuschussung mehr erforderlich sein werde. Es handele sich also um einen befristeten Zuschuss mit dem Gedanken der Anschubfinanzierung.

Am 5. März 2008 sei aufgrund einer personellen Neubesetzung in der Geschäftsstelle von Mainland Miltenberg-Churfranken der Zuschuss auf 75.000 Euro erhöht worden, weil die bisherige Leiterin der Geschäftsstelle in Altersteilzeit gegangen sei.

In einem Schreiben vom 28.08.2008 habe gemäß dieser Vereinbarung der damalige Landrat Roland Schwing den Verein Mainland Miltenberg-Churfranken e.V. aufgefordert, seine Einnahmesituation durch entsprechend angepasste Mitgliedsbeiträge zu verbessern. Auch sei eine Absprache mit dem Gebietsausschuss Spessart-Mainland über eine klare Aufgabentrennung beim Außenmarketing zu treffen.

Im Oktober 2015 sei nach der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus noch einmal daran gearbeitet worden, welche Maßnahmen umgesetzt würden. Dass zum Beispiel auch bei Publikationen von Spessart-Mainland Churfranken sichtbar werde und deutlich zeige. Andersrum sei das auch möglich. Weiterhin sei wieder aufgefordert worden, die Einnahmesituation zu verbessern. Er sage das nur deshalb, weil eine gewisse Ringdiskussion entstanden sei. Mit dieser Aufforderung sei der Grundgedanke der Anschubfinanzierung verfolgt werden, denn mehr Mitglieder verschaffen mehr Einträge, deshalb sollte am Ende weniger

Zuschuss des Landkreises benötigt werden. Dann sage man allerdings den Mitgliedern, dass man mehr Arbeit habe und daher mehr Zuschüsse brauche.

Landrat Scherf gibt zu bedenken, dass man sich bewusst sein müsse, dass es sich ursprünglich um einen befristeten Zuschuss handele.

Kreisrat Dr. Kaiser fragt nach dem Gesamtetat von Churfranken.

Frau Duffeck sagt, dass Churfranken 350.000 Euro zur Verfügung habe, was sich aus ca. 200.000 Euro Mitgliedsbeiträgen und Werbeeinnahmen zusammensetze.

Landrat Scherf stellt fest, dass man in drei Jahren über die Grenze von 500.000 Euro an freiwilligem Zuschuss käme, was beihilferechtlich relevant sei.

Kreisrat Oettinger fragt, ob die Rechnung, die der Vorsitzende von Churfranken, Herr Bieber, aufgemacht habe, den Segen der Verwaltung finde, oder ob die Verwaltung die Rechnung falsch finde.

Landrat Scherf antwortet, den Beleg, dass der Betrag von 75.000 Euro so berechnet worden sei wie im Antrag von Herrn Bieber aufgeführt, sei nicht gefunden worden. Deshalb habe er alle Beschlüsse noch einmal dargelegt. Am Anfang seien 50.000 Euro Zuschuss gestanden, davon seien 40.000 Euro die Personalkosten gewesen, die der Landkreis weiter getragen habe für die Mitarbeiterin der Geschäftsstelle plus 10.000 Euro für die Begleitung bei dem Aufbau durch Projekt M. Dann habe es später die Situation gegeben, dass die Geschäftsführerin in Altersteilzeit gegangen sei, d.h. der Landkreis Miltenberg habe weiter die 40.000 Euro für diese freigestellte Person bezahlt und hat, weil die Stelle neu besetzt worden sei, die Arbeitgeberkosten für die neue Mitarbeiterin als Zuschuss zur Verfügung gestellt. Die Berechnung von Herrn Bieber sei nicht ursächlich gewesen.

Kreisrat Dr. Kaiser nimmt Bezug auf den Antrag bzw. Brief von Herrn Bieber, Churfranken. Es werde auf Seite 1 zweimal behauptet, dass die Gruppenfreistellung durch den Bundeswirtschaftsminister erfolge. Dies sei Unsinn, weil die Mitgliedsstaaten nicht das EU-Beihilferecht aushebeln könnten. Dies entscheide die EU, die Bundesregierung und die Landesregierung hätten ein Konsultationsrecht.

Im Antrag seien zu den Berechnungsgrundlagen die Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst und die Steigerung der Sachkosten erwähnt. Dies führe zur gleichen Situation wie bei der Diskussion zur Förderung von Räuberland. Die Personal- und Sachkosten würden nicht nur bei Churfranken steigern, sondern auch bei anderen touristischen Verbänden. Man komme dann automatisch in die Lage, dass andere auch eine Erhöhung der Grundförderung möchten.

Es sei unumstritten, dass alle drei hervorragende Arbeit machen würden, daher sollte man eine Grundsatzdiskussion führen.

Kreisrat Dr. Kaiser stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung des Punktes bis zur Klärung der beihilferechtlichen Lage.

Landrat Scherf stimmt Kreisrat Dr. Kaiser zu. Eine kontroverse Debatte, wieviel Geld der Landkreis Miltenberg zahle, habe nichts mit der Wertschätzung und Anerkennung für die Arbeit zu tun. Das EU-Beihilferecht sei sehr sensibel.

Kreisrat Großkinsky ist der Auffassung, dass man eine gemeinsame Linie finden müsse, um für Gleichbehandlung zu sorgen. Räuberland bekomme für zwei Mitgliedskommunen 13.350 Euro Zuschuss und Churfranken für 22 Mitgliedskommunen 75.000 Euro. Er möchte vermeiden, dass sich die TAGs untereinander streiten.

Kreisrat Oettinger sagt, dass der Grundbeitrag und die Grundförderung der TAGs auseinanderklaffen. Ohne Rücksicht auf eine Grundsatzdiskussion müsste Churfranken mehr Zuschuss erhalten, weil Churfranken bedeutend mehr Mitglieder habe.

Kreisrat Schmitt stimmt Kreisrat Oettinger zu, weil die Verhältnismäßigkeit des Zuschusses an die TAGs nicht stimme.

Man habe für den Landkreis Miltenberg drei TAGs, nämlich eine TAG mit zwei Kommunen, eine TAG mit sechs Kommunen und eine TAG mit 22 Kommunen. Die größte TAG sei Churfranken. Im letzten Ausschuss habe man sich klar und deutlich dafür ausgesprochen, die Marke Churfranken stärker nach vorne zu bringen. Wenn diese TAG nun angewachsen sei, dann spreche er sich für diesen Zuschuss aus, weil es in dieser Größenordnung für ihn auch eine Wirtschaftsförderung darstelle. Es gebe allerdings auch die Möglichkeit, den Antrag zurückzustellen, bis das EU-Beihilferecht geklärt sei.

Kreisrat Dr. Kaiser stellt erneut den Antrag, den Punkt zu vertagen bis zu dem Zeitpunkt, wo Klarheit zum EU-Beihilferecht besteht.

Landrat Scherf sagte zu, dass man nach Klarheit bei der beihilferechtlichen Situation die Thematik dem Ausschuss wieder vorlegen werde.

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus vertagt den Antrag mehrheitlich mit 10 : 5 Stimmen.**

Tagesordnungspunkt 6:  
**Anfragen**

Landrat Scherf berichtet aus dem jüngsten Zusammentreffen mit den Landräten aus dem Neckar-Odenwald-Kreis und dem Odenwaldkreis, dass man vereinbart habe, die Angebote NeO--Bus und NaTourBus für den Radwandertourismus einheitlich gemeinsam zu vermarkten. Hierzu werde ein gemeinsamer Flyer erarbeitet werden. Aus Reihen der Radtouristen sei der Wunsch geäußert worden, dass in Amorbach die Haltstelle wieder vom Finanzamt an den Bahnhof verlegt werde.

gez.

**Scherf**  
Vorsitzender

gez.

**Zipf-Heim**  
Schriftführerin